



HESSEN



Bericht aus Brüssel

05/2025 vom 03.03.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digital.....	8
Forschung.....	9
Finanzdienstleistungen.....	9
Finanzen.....	10
Soziales.....	12
Gesundheit und Verbraucherschutz	12
Landwirtschaft und Umwelt.....	13
Justiz.....	15
Inneres.....	16
Vorschau.....	18

Rat; Mandatsverlängerung der Operation EUNAVFOR ASPIDES im Roten Meer

Am 14.02.2025 hat der Rat beschlossen, das Mandat für die Operation EUNAVFOR ASPIDES bis zum 28.02.2026 zu verlängern. Ziel der defensiven Operation für die maritime Sicherheit sei es, die Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer und im Golf wiederherzustellen und zu wahren. Mit der Marine-Operation ASPIDES zeigt die EU in einem Gebiet Präsenz, in dem es seit Oktober 2023 zu zahlreichen Angriffen auf internationale Handelsschiffe gekommen ist. In enger Zusammenarbeit mit gleichgesinnten internationalen Partnern soll die Operation ASPIDES dazu beitragen, eine maritime Lageerfassung sicherstellen, Handelsschiffe zu begleiten und sie vor bereichsübergreifenden Angriffen auf See schützen. Die Operation ASPIDES wurde erstmals im Februar 2024 als defensive Maßnahme zur Sicherung der maritimen Sicherheit eingeleitet. Dabei war die Fregatte „Hessen“ im Zeitraum vom 23.02.2024 bis zum 10.04.2024 als Teil der Operation im Einsatz.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/02/14/red-sea-council-prolongs-the-mandate-of-operation-aspides/>

Kommission; Treffen Kommissionspräsidentin von der Leyen mit US-Sondergesandten für die Ukraine und Russland

Am 18.02.2025 trafen sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der US-Sondergesandte für die Ukraine und Russland, General Keith Kellogg, zum Gespräch. Von der Leyen betonte die entscheidende Rolle der EU bei der finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine. Jetzt sei laut von der Leyen ein entscheidender Moment, jede Entscheidung müsse die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine achten, gestützt auf starke Sicherheitsgarantien. Sie brachte ferner die Bereitschaft der EU zum Ausdruck, gemeinsam mit den USA daran zu arbeiten, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen und dazu beizutragen, den gerechten und dauerhaften Frieden zu sichern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/read_25_539

Kommission; Reform- und Wachstumsfazilität für Moldau

Am 20.02.2025 begrüßte die Kommission die politische Einigung über die Verordnung zur Einrichtung einer Reform- und Wachstumsfazilität für Moldau. Die Einigung, erzielt zwischen dem EP und dem Rat, bildet einen wesentlichen Pfeiler des im Oktober 2024 vorgestellten Wachstumsplans und stellt laut Kommission das bislang größte finanzielle Unterstützungspaket für Moldau dar. Der Plan sieht eine Unterstützung in Höhe von 1,9 Mrd. EUR vor, um die moldauische Wirtschaft anzukurbeln, umfassende finanzielle Mittel bereitzustellen und durch beschleunigte Reformen die Annäherung an die EU zu fördern. Die Mittel sollen auf Basis einer Reformagenda freigegeben werden, nachdem die Einhaltung der Vorgaben von der Kommission bestätigt wurde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_568

Rat; 16. Sanktionspaket gegen Russland

Am 24.02.2025 hat der Rat im Rahmen seines 16. Sanktionspakets Maßnahmen gegen zusätzliche 48 Personen und 35 Einrichtungen beschlossen, die Handlungen vornehmen, welche die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben. Das neue Sanktionspaket richte sich unter anderem gegen Unternehmen, die Waffen, Munition sowie weitere militärische Ausrüstungen und Technologien herstellen und damit die russische Militär- und Verteidigungsindustrie unterstützen. Zudem umfasse es Sanktionen gegen Akteure, die EU-Sanktionen umgehen, sowie gegen Akteure aus Drittländern, die den russischen Kriegseinsatz fördern, darunter auch ein chinesisches Unternehmen im Bereich

Satellitenbildproduktion und zwei hochrangige Beamte der koreanischen Volksarmee. Ergänzend werden laut Rat Maßnahmen gegen Unternehmen verhängt, die russisches Rohöl und Ölprodukte transportieren und dadurch Einnahmen für die russische Regierung generieren, sowie gegen Medienplattformen, die verzerrte Informationen verbreiten und zur Verbreitung russischer Propaganda beitragen. Insgesamt erstrecken sich die restriktiven Maßnahmen der EU nun laut Rat auf über 2.400 Personen und Einrichtungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/02/24/three-years-of-russia-s-full-scale-invasion-and-war-of-aggression-against-ukraine-eu-adopts-its-16th-package-of-economic-and-individual-measures/>

Rat; Aussetzung ausgewählter Sanktionen gegen Syrien

Am 24.02.2025 hat der Rat angesichts der aktuellen Lage in Syrien beschlossen, ausgewählte restriktive Maßnahmen auszusetzen, um einen inklusiven politischen Übergang sowie die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau des Landes zu fördern. Ziel sei es, die Zusammenarbeit mit syrischen Akteuren in den Schlüsselbereichen Energie und Verkehr zu erleichtern. Dazu sollen Beschränkungen in den Sektoren Öl, Gas, Strom und Transport vorübergehend aufgehoben werden. Es sei ebenfalls geplant, bestimmte Ausnahmen vom Verbot der Aufnahme von Bankbeziehungen zwischen syrischen Banken und Finanzinstituten in den Mitgliedstaaten einzuführen, um Transaktionen im Zusammenhang mit dem Energie- und Verkehrssektor zu ermöglichen, sowie für humanitäre Zwecke und für den Wiederaufbau. Der Rat plane auch zu prüfen, ob weitere Wirtschaftssanktionen ausgesetzt werden können. Ferner wolle er auch die Lage in Syrien weiterhin genau beobachten, um sicherzustellen, dass solche Aussetzungen angemessen bleiben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/02/24/syria-eu-suspends-restrictive-measures-on-key-economic-sectors/>

Kommission; Rat; EP; Dritter Jahrestag Beginn Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und das Kollegium der Kommissarinnen und Kommissare sind am 24.02.2025 in die ukrainische Hauptstadt Kiew gereist. Drei Jahre nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bekundeten sie die uneingeschränkte Unterstützung der EU für die Ukraine. In einem gemeinsamen Statement von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa, und der Präsidentin des EP, Roberta Metsola, wird unter anderem erklärt, Russland und seine Führung trage die alleinige Verantwortung für den Krieg und die an der ukrainischen Bevölkerung begangenen Gräueltaten. Man fordere weiterhin die Rechenschaftspflicht für alle begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die EU habe der Ukraine wirtschaftliche, humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe im Wert von insgesamt 135 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig müsse die EU die rasche Lieferung von Waffen und Munition beschleunigen. Durch die Konsultationen mit den europäischen Staats- und Regierungschefs der letzten Wochen, sei ein gemeinsames Engagement für die Bewältigung der Herausforderungen auf EU-Ebene vernommen worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_603

164. AdR-Plenarsitzung und Konstituierung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zur achten Mandatsperiode

Am 19./20.02.2025 fand in Brüssel die 164. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es handelte sich gleichzeitig um die konstituierende Sitzung der neuen, achten Mandatsperiode des AdR. Frau Katta Tüttö (HUN/SPE), Mitglied der Budapester Stadtversammlung, wurde zur Präsidentin des AdR und Juan Manuel Moreno Bonilla (ESP/EVP), Präsident der Autonomen Gemeinschaft Andalusien, wurde zum Ersten Vizepräsidenten des AdR gewählt. Darüber hinaus wurden in der darauffolgenden Plenarsitzung Stellungnahmen zu folgenden Themen verabschiedet: „eine stärkere europäische Verteidigungsindustrie“, „Unterstützung von KMU in regionalen Wertschöpfungsketten – Förderung der Lokalwirtschaft“ sowie „Beitrag der Programmplanung von LEADER und CLLD nach 2027“. Außerdem fanden Aussprachen mit Herrn António Costa, Präsident des Europäischen Rates, statt sowie mit Herrn Raffaele Fitto, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für Kohäsion und Reformen.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=220021&meetingSessionId=2276066>

Konstituierende Fachkommissionssitzung ECON zur achten Mandatsperiode

Am 21.02.2025 fand in Brüssel die konstituierende Sitzung der ECON-Fachkommission für die achte AdR-Mandatsperiode statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Alberto Cirio (EVP/ITL) wurde zum Vorsitzenden der Fachkommission gewählt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=220196&meetingSessionId=2276288>

Konstituierende Fachkommissionssitzung CIVEX zur achten Mandatsperiode

Am 21.02.2025 fand in Brüssel die konstituierende Sitzung der CIVEX-Fachkommission für die achte AdR-Mandatsperiode statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Zur Vorsitzenden der Fachkommission wurde Magali Altounian (RE/FRA) gewählt. Staatssekretärin Karin Müller wird für die zweite Mandatshälfte (ab Juli 2027) den Vorsitz der CIVEX-Fachkommission übernehmen. Außerdem wird Staatssekretärin Müller Mitglied der Lenkungsgruppe „Bessere Rechtsetzung und aktive Subsidiarität (BRASS-G)“ des AdR sein, die am 01.04.2025 eingesetzt werden soll. Das Mandat der BRASS-G besteht darin, die AdR-Governance in Bezug auf bessere Rechtssetzung zu straffen und hat dabei einen Fokus auf Vereinfachung und Entbürokratisierung.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=214170&meetingSessionId=2268683>

Wirtschaft

Kommission; Erklärung zur Zollpolitik der USA

Am 14.02.2025 hat die Kommission eine Erklärung zur Zollpolitik der USA abgegeben. Die Kommission kritisiert den von der USA eingeschlagenen Weg von erhöhten Zöllen auf europäische Ausfuhren. Die USA erhöhe die Preise für ihre Bürger, verhindere Wachstum, verstärke die Inflation und störe die Effizienz der globalen Märkte. Im Gegensatz dazu positioniere sich die Kommission klar für die Einhaltung von transparenten Regeln, von niedrigen Zöllen und regelbasierten Handelssystemen. Die

Kommission plane, gegen ungerechtfertigte Handelshemmnisse vorzugehen, damit der freie und faire Handel gesichert werden könne.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_515

Kommission; Sondierung zur EU-Strategie für „Start-ups und Scale-ups“

Am 17.02.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, Stellungnahmen zu ihrer Strategie für „Start-ups und Scale-ups“ einzureichen. Ziel der Strategie sei es, Hindernissen und Hürden des Wachstums von Start-ups im Binnenmarkt entgegenzuwirken und passende Policy-Werkzeuge zum Erleichtern von Innovation zu entwickeln. Stellungnahmen können bis zum 17.03.2025 eingereicht werden

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14530-EU-Start-up-and-Scale-up-Strategy_de

Kommission; Diskussion mit Vertretern der Automobilbranche

Am 17.02.2025 hat die Exekutiv-Vizepräsidentin Henna Virkunnen (FIN) an einer Diskussion mit Industrievertretern, Interessenträgern und Experten des Automobilsektors als Teil des Strategischen Dialogs der Kommission teilgenommen. Der Fokus der Diskussion lag laut Kommission auf den Hindernissen und Chancen in der technologischen und digitalen Transformation des Sektors. Die Kommission wolle Erkenntnisse darüber gewinnen, wie die EU-Innovationen ermöglichen, die Automobilbranche unterstützen und deren Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sichern könnte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_542

Kommission; Genehmigung einer deutschen Beihilfe in Höhe von 920 Mio. EUR

Am 20.02.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie eine mit 920 Mio. EUR ausgestattete deutsche Beihilfemaßnahme für die Errichtung einer neuen Halbleiterfertigungsanlage in DEU nach Prüfung der EU-Beihilfavorschriften genehmigt hat. Die staatliche Beihilfe diene dazu, es dem Unternehmen Infineon zu ermöglichen, unterschiedliche Chips in hoher Kapazität zu produzieren. Dies steigere die Versorgungssicherheit, die Widerstandsfähigkeit und die technologische Autonomie Europas im Bereich Halbleitertechnologien.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_557

Kommission; Genehmigung der Übernahme von sechs Logistiklagern durch SEGROS und PSIB (Public Sector Pension Investments Board)

Am 20.02.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie die Übernahme von sechs Logistiklagern in DEU durch SEGROS (u. a. mit Logistiklagern in Hessen) und PSIB nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt habe. Das Vorhaben wurde unter der vereinfachten Fusionskontrolle geprüft und betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig den Immobiliensektor.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11821>

EuGH; Urteil zum Missbrauch einer beherrschenden Stellung durch den Entwickler einer digitalen Plattform

Der EuGH hat mit Urteil vom 25.02.2025 in der Rechtssache C-233/23 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass die Weigerung eines Unternehmens in beherrschender Stellung, die Interoperabilität seiner Plattform mit einer App eines anderen Unternehmens sicherzustellen, missbräuchlich sein kann. Im Jahr 2018 weigerte sich Google, die App JuicePass von Enel mit Android Auto kompatibel zu machen, obwohl Google Drittentwicklern Templates zur Anpassung ihrer Apps an Android Auto zur Verfügung stellt. Der EuGH sieht dies als möglichen Missbrauch einer beherrschenden Stellung an. Dies gelte auch dann, wenn eine

digitale Plattform nicht für die kommerzielle Nutzung der Drittanbieter-App unerlässlich ist, aber dennoch die Attraktivität der App für Verbraucher erhöhen könnte. Eine Rechtfertigung sei nur denkbar, wenn technische, sicherheitsrelevante oder integritätsbezogene Gründe vorlägen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-233/23>

Kommission; Vorstellung des Clean Industrial Deal

Am 26.02.2025 hat die Kommission den sog. „Clean Industrial Deal“ vorgestellt, mit dem laut Kommission die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der europäischen Industrie gestärkt und gleichzeitig die Dekarbonisierung beschleunigt werden soll. Der Fokus liege auf energieintensiven Industrien und dem Ausbau sauberer Technologien für zukünftiges Wachstum. Wichtige Faktoren für den Erfolg des Deals seien erschwingliche Energie, die Stärkung der Nachfrage nach sauberen Produkten, Finanzmittel für Investitionen, der Zugang zu Rohstoffen, Partnerschaften für den globalen Markt sowie qualifizierte Arbeitskräfte für eine dekarbonisierte Industrie. Diese Maßnahmen sollen laut Kommission sicherstellen, dass Europa im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt und gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_550

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur technischen Anpassung von digitalen Systemen im Eisenbahnsystem

Am 14.02.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, eine Durchführungsverordnung für technische und funktionelle Anpassungen im Teilsystem „Telematikanwendungen“ des Eisenbahnsystems der EU zu bewerten. Mit der Verordnung soll laut Kommission die Rolle der EU-Eisenbahnagentur gestärkt und Prozesse der Personen- und Güterverkehrsdienste erfasst werden. Rückmeldungen sind bis zum 14.03.2025 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14273-Interoperabilitat-im-Eisenbahnverkehr-Technische-Spezifikationen-fur-das-Teilsystem-Telematikanwendungen_de

Kommission; Konsultation zur technischen Anpassung von Vorschriften für die Kontrolle von Gefahrguttransporten

Am 18.02.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, Rückmeldung zu den Vorschriften für die Kontrolle von Gefahrguttransporten einzureichen. Die Kommission plant die Anpassung der Liste der Elemente, die bei Straßenkontrollen überprüft werden müssen, und der Beschreibung dieser Verstöße in der delegierten Richtlinie. Die Frist für Rückmeldungen endet am 18.03.2025

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14003-Gefahrguttransporte-einheitliche-Kontrollverfahren_de

Energie

Kommission; Genehmigung für deutsche Beihilfe in Höhe von 41 Mio. EUR

Am 21.02.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie eine deutsche Beihilfe in Höhe von 41 Mio. EUR für Uniper Hydrogen zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff genehmigt hat. Die Maßnahme in Form eines direkten Zuschusses solle die Uniper Hydrogen GmbH beim Bau und Betrieb eines Elektrolyseurs zur Lieferung von erneuerbarem Wasserstoff unterstützen. Laut Kommission dient die deutsche Maßnahme der politisch wichtigen „EU-Wasserstoffstrategie“ sowie dem „REPowerEU“-Plan.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_582

Kommission; Aktionsplan für bezahlbare Energie

Am 25.02.2025 hat die Kommission unter Leitung der Exekutiv-Vizepräsidentin Teresa Ribera (ESP) den zum sog. „Clean Industrial Deal“ komplementären „Aktionsplan für bezahlbare Energie“ veröffentlicht. Die Initiative zielt laut Kommission darauf ab, zu hohe Energiepreise für Wirtschaft und Verbraucher in Europa zu reduzieren. Ursächlich für diese Kosten seien laut Kommission strukturelle Faktoren in den Energiesystemen des Binnenmarkts. Der Fokus soll auf die folgenden Bereiche gelegt werden: Senkung der Energiekosten, Vervollständigen der Energieunion, Ermöglichen von Investitionen, Vorbereitung auf zukünftige Krisen. Die Kommission plane u. a. umfassende Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur Veränderung der Netz- und Systemkosten sowie der Steuervorgaben im Energiesektor. Auch soll die Interkonnektivität der Energiesysteme für eine stärkere Resilienz gegenüber Preisschwankungen verbessert werden. Mit diesen Zielvorgaben können laut Kommission die kurzfristigen Energiepreise gesenkt und gleichzeitig notwendige strukturelle Reformen ermöglicht werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_570

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin in der Rechtssache C-59/23 P, AUT / Kommission (Atomkraftwerk Paks II)

Am 27.02.2025 hat die Generalanwältin in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, das Urteil des EuG aufzuheben, mit dem der Beschluss der Kommission über die Genehmigung der Beihilfe von HUN für zwei neue Kernreaktoren in Paks bestätigt wurde. Die Kommission genehmigte 2017 eine Investitionsbeihilfe, um zwei neue Kernreaktoren am Standort des AKW Paks zu bauen. Der Bau wurde an die russische Firma Nizhny Novgorod Engineering vergeben. AUT focht die Entscheidung vor dem EuG an, das die Klage abwies. Daraufhin legte AUT Rechtsmittel beim EuGH ein. Die Generalanwältin schlägt nunmehr vor, das Urteil aufzuheben, da die Kommission die Vereinbarkeit der direkten Vergabe des Auftrags mit den EU-Vorschriften über öffentliche Aufträge nicht ausreichend geprüft habe.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-59/23%20P>

Digital

Kommission; EU-Bürgerinnen und Bürger befürworten KI am Arbeitsplatz

Die Kommission veröffentlichte am 13.02.2025 die Ergebnisse einer Eurostat-Sondererhebung von mehr als 27.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger aus allen Mitgliedstaaten im Zeitraum April bis Mai 2024 zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) am Arbeitsplatz. Danach befürworten die meisten EU-Bürgerinnen und -Bürger den Einsatz digitaler Technologien, einschließlich KI, am Arbeitsplatz. Über 60% der

Befragten bewerten laut Kommission Roboter und KI positiv, und 70% seien der Meinung, dass diese Technologien die Produktivität steigern könnten. Zudem unterstütze eine Mehrheit den Einsatz von KI zur Entscheidungsfindung am Arbeitsplatz. Besonders hoch sei die Zustimmung zu Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre. So seien 84% der Befragten der Ansicht, dass der Umgang mit KI sorgfältig geregelt werden müsse, um die Privatsphäre zu wahren sowie Transparenz zu gewährleisten.

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3222>

Forschung

Kommission; Horizont Europa; Wissenschaftsdiplomatie

Am 17.02.2025 hat die Kommission einen Expertenbericht zum Thema Wissenschaftsdiplomatie veröffentlicht. Der Bericht mit dem Titel „Ein europäischer Rahmen für die Wissenschaftsdiplomatie“ hat laut Kommission das Ziel, für eine verstärkte Integration der Wissenschaftsdiplomatie in die europäische Außen- und Sicherheitspolitik (CFSP) zu sorgen. Der Bericht basiere auf den Erkenntnissen von fünf Arbeitsgruppen, die sich aus 130 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Diplomatie zusammensetzen. Die Empfehlungen des Berichts legen laut Kommission ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit als globaler Wissenschafts- und Technologieakteur sowie auf die Maximierung des Potenzials von Forschung und Innovation für die Förderung von Frieden und der internationalen Zusammenarbeit. Die Wissenschaftsdiplomatie müsse sichtbar werden und ihre Akteure stärker entsprechend geschult werden, so der Bericht.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/4b319f3d-e9ff-11ef-b5e9-01aa75ed71a1/language-en>

Kommission; Horizont Europa; Innovation; Beteiligung von Forscherinnen

Am 14.02.2025 hat die Kommission die neueste Ausgabe des sog. Berichts "She Figures" veröffentlicht, in den aktuellen Statistiken zur Gleichstellung der Geschlechter im Bereich Forschung und Innovation (F&I) vorgestellt werden. Während laut Kommission Frauen in der Hochschulbildung die Männer zahlenmäßig übertreffen, seien sie laut dem Bericht in den MINT-Karrieren und MINT-Führungspositionen, d.h. in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, nach wie vor unterrepräsentiert. Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva erklärte, dass der Bericht ein Weckruf sei. Frauen würden Fortschritte in der Bildung voran treiben, würden aber immer noch vor zu vielen Hindernissen in Forschung, Innovation und in der Führung stehen. Dies müsse man ändern – nicht nur, weil es fair sei, sondern weil die Zukunft Europas davon abhängt, so die Kommissarin.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/gender-equality-research-and-innovation-not-progressing-fast-enough-according-new-she-figures-report-2025-02-11_en

Finanzdienstleistungen

ESMA; Konsultation zu Änderungen der Abwicklungsdisziplin

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA hat am 13.02.2025 eine Konsultation zu Änderungen der sog. „Abwicklungsdisziplin“ gestartet, um die Effizienz der Wertpapierabwicklung in verschiedenen Bereichen zu verbessern. Vorgeschlagen werden unter anderem kürzere Fristen für Zuteilungen und

Bestätigungen sowie die Verwendung elektronischer, maschinenlesbarer Zuteilungen und Bestätigungen gemäß internationalen Standards. Darüber hinaus wird laut Kommission die Einführung von „Hold and Release“ und Teilabwicklungen durch alle Zentralverwahrer angestrebt. Stakeholder können bis zum 14.04.2025 Stellung nehmen.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-amendments-settlement-discipline>

ESMA; Konsultation zu Kriterien für die Beurteilung von Wissen und Kompetenz gemäß MiCA

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA hat am 17.02.2025 im Rahmen der EU-Verordnung über Kryptowerte (MiCA) eine Konsultation zu den Kriterien für die Bewertung der Kenntnisse und Kompetenzen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Krypto-Asset-Dienstleistern (CASPs) veröffentlicht. Ziel sei es, Mindestanforderungen an das Wissen und die Kompetenz von Beschäftigten, die Informationen oder Beratung zu Krypto-Assets anbieten, festzulegen und organisatorische Anforderungen für deren regelmäßige Aktualisierung zu definieren. Die Konsultation solle den Anlegerschutz und das Vertrauen in die Märkte für Krypto-Assets stärken. Stakeholder können bis zum 22.04.2025 Stellungnahmen einreichen.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-criteria-assessment-knowledge-and-competence-under-mica>

Kommission; Erstes Omnibus-Paket zur Nachhaltigkeitsberichterstattung

Am 26.02.2025 hat die Kommission in ihrem ersten Omnibus-Paket eine Reihe von Maßnahmen zur Vereinfachung insbesondere im Bereich der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung vorgeschlagen. Das Paket umfasst Änderungen an der EU-Taxonomie, der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sowie dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM). Ziel der Initiative sei es, die bürokratische Belastung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu reduzieren, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu steigern und die Unternehmen zugleich in die Lage zu versetzen, stärker zum grünen und digitalen Wandel beizutragen. U.a. schlägt die Kommission vor, einige Fristen mit Blick auf die Anwendung der CSRD und CSDDD zu verschieben, um den Unternehmen mehr Zeit zur Vorbereitung zu geben. Zudem sollen laut Kommission 80% der Unternehmen von der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen werden. Auch mit Blick auf den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sollen nach dem Willen der Kommission künftig 90% der Importeure aus deren Anwendungsbereich herausgenommen werden. Gemeinsam mit dem zweiten Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen rechnet die Kommission im Falle der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen mit ca. 6,3 Mrd. EUR an eingesparten administrativen Kosten.

https://commission.europa.eu/publications/omnibus-i_en

F i n a n z e n

Rat; Eurogruppe und ECOFIN

Am 18.02.2025 führte der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) einen Gedankenaustausch zum jüngst vorgestellten Wettbewerbsfähigkeitskompass und sagte zu, realistische Schritte zur Vereinfachung zu unternehmen. Auch billigte der Rat seine Leitlinien für den Haushalt der EU für 2026 und nahm eine Empfehlung zur Entlastung der Kommission zur Ausführung des Haushaltsplans der EU für 2023 an. Im Rahmen des Europäischen Semesters nahm der Rat die Schlussfolgerungen zum

Warnmechanismus-Bericht 2025 an und einigte sich auf die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2025. Zudem legte er den mittelfristigen strukturellen Plan sowie den Nettoausgabenpfad für HUN fest und empfahl dem Land, sein übermäßiges Defizit bis 2026 zu beenden. Auch die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die Annahme der Vorschriften zum elektronischen Formular für die Mehrwertsteuerbefreiung und die Überprüfung der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete im Steuerbereich standen laut Rat auf der Agenda des ECOFIN. Am Vortag hatte die Eurogruppe ihr Arbeitsprogramm bis Juli 2025 gebilligt und sich laut Rat einen Überblick über die makroökonomischen Perspektiven für Euro und Euroraum verschafft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2025/02/18/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2025/02/17/>

Rat; Annahme elektronischer Bescheinigung über die Mehrwertsteuerbefreiung

Am 18.02.2025 hat der Rat eine Richtlinie und eine Durchführungsverordnung formal angenommen, durch welche die bisherige papiergestützte Bescheinigung über die Mehrwertsteuerbefreiung durch eine elektronische Version ersetzt wird. Ziel dieser Maßnahme sei es, bürokratische Hürden abzubauen und die Verwaltungsabläufe für Unternehmen und Behörden zu vereinfachen. Dies betrifft insbesondere die Einfuhr von Waren für diplomatische Vertretungen, internationale Organisationen oder Streitkräfte. Das neue elektronische Zertifikat wird ab dem 01.07.2031 verpflichtend eingeführt, wobei eine einjährige Übergangsfrist den Mitgliedstaaten die parallele Verwendung von elektronischen und papiergestützten Zertifikaten erlaubt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16628-2024-INIT/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16629-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Leitlinien für den EU-Haushalt 2026

Am 18.02.2025 hat der Rat seine Leitlinien für den EU-Haushaltsplan 2026 gebilligt. Sie sollen der Kommission als Orientierung bei der Erstellung des Haushaltsplans für das kommende Jahr dienen. Dabei sprach sich der Rat für einen klaren Fokus auf die politischen Prioritäten der Union aus und plädierte insbesondere dafür, die Ukraine im Angesicht des russischen Angriffskrieges weiterhin finanziell sowie mit Blick auf ihren Wiederaufbau zu unterstützen. Zudem müsse der EU-Haushalt 2026 nach dem Willen des Rates realistisch sein, mit dem tatsächlichen Bedarf im Einklang stehen, eine umsichtige Haushaltsplanung gewährleisten und innerhalb der Obergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) genügend Spielräume für unvorhergesehene Umstände lassen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5796-2025-INIT/en/pdf>

Kommission; Stärkung des Finanzrisikomanagementrahmens der EU

Am 25.02.2025 hat die Kommission beschlossen, die Aufgaben des unabhängigen Risikovorstands zu erweitern und so ihren Finanzrisikomanagement- und Compliance-Rahmen zu stärken. In Zukunft soll der Risikovorstand laut Kommission alle Finanztransaktionen – einschließlich der Mittelaufnahme-, Schuldenmanagement-, Liquiditätsmanagement- und Darlehenstransaktionen sowie der Haushaltsgarantien – und alle verwalteten Vermögenswerte der EU überwachen.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202500369

Kommission; Zweites Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen

Am 26.02.2025 veröffentlichte die Kommission neben dem ersten Omnibus auch ein zweites Omnibus-Paket, das einen Fokus auf die Vereinfachung von Investitionen legt. Ziel ist es, die Nutzung verschiedener Investitionsprogramme zu vereinfachen und zu

optimieren. Die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen betreffen die Verordnung über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die Verordnung zur Einrichtung des Fonds InvestEU, die Verordnung zur Einrichtung von Horizont Europa sowie die Verordnung zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“. Insgesamt sollen durch die Änderungen laut Kommission rund 50 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden, die in erster Linie in die Finanzierung von risikoreicheren Aktivitäten zur Unterstützung der Prioritäten der Union fließen sollen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vereinfachung der administrativen Anforderungen an die Durchführungspartner, Finanzintermediäre und Endempfänger – v.a. kleine und mittlere Unternehmen – sollen zudem zu Einsparungen in Höhe von 350 Mio. EUR führen.

https://commission.europa.eu/publications/omnibus-ii_en

S o z i a l e s

EuGH; Schlussanträge zur Meldepflicht bei Massenentlassungen

Am 27.02.2025 legte der Generalanwalt am EuGH Rimvydas Norkus (LIT) seine Schlussanträge in der Rechtssache C-134/24, Tomann, vor. In dem Streitfall geht es um die Frage, ob Arbeitgeber verpflichtet sind, beabsichtigte Massenentlassungen der zuständigen Behörde anzuzeigen. Ein Arbeitnehmer hatte vor den DEU Arbeitsgerichten gegen seine Entlassung geklagt und geltend gemacht, dass die ihm durch den Insolvenzverwalter ausgesprochene Kündigung nichtig sei, da sie Teil einer Massenentlassung gewesen sei, die zuvor bei der Agentur für Arbeit hätte angezeigt werden müssen. Das Bundesarbeitsgericht hatte den EuGH angerufen, um zu klären, welche Sanktion das Fehlen einer solchen Anzeige hat und um Auslegung der einschlägigen EU-Richtlinie 98/59 über Massenentlassungen ersucht. In seinen Schlussanträgen schlägt Generalanwalt Norkus dem EuGH vor, die Richtlinie dahingehend auszulegen, dass eine Kündigung im Rahmen einer anzeigepflichtigen Massenentlassung erst nach Ablauf der vorgesehenen Entlassungssperre wirksam werden kann. Dies könne auch nicht durch eine nachträgliche Meldung geheilt werden. Stattdessen müsse der Arbeitgeber zunächst eine ordentliche Meldung der Massenentlassung vornehmen. Erst dann könne er erneut Kündigungen aussprechen. Die Kündigungen könnten dann aber erst 30 Tage nach Eingang der Anzeige der Massenentlassungen wirksam werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295866&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=15516830>

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Kommission; Konsultation zu elektronischen Gebrauchsanweisungen für Medizinprodukte

Am 21.02.2025 eröffnete die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung über elektronische Gebrauchsanweisungen für Medizinprodukte. Ziel der Durchführungsverordnung sei es, Gebrauchsanweisungen in elektronischer Form für solche Medizinprodukte zur Verfügung zu stellen, die ausschließlich für die Verwendung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheitsberufen vorgesehen sind. Der Entwurf des Rechtsaktes kann bis zum 21.03.2025 kommentiert werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14470-Medizinprodukte-elektronische-Ge-brauchsanweisungen_de

EuGH; Urteil zu Werbemaßnahmen einer Apotheke beim Kauf von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln durch ihre Kunden

Der EuGH hat am 27.02.2025 sein Urteil in der Rechtssache C-517/23 Apothekerkammer Nordrhein gegen DocMorris NV verkündet. Dabei ging es um die Reichweite des Begriffs „Werbung für Arzneimittel“. DocMorris NV, eine Versandapotheke aus den NDL, führte seit 2012 verschiedene Werbemaßnahmen für den Kauf von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (sog. „Rx“) durch, und zwar in Form von direkten Prämien für das Einlösen von Rezepten und Gutscheinen für nachfolgende Bestellungen nicht verschreibungspflichtiger Produkte. Die Apothekerkammer Nordrhein sah hierin einen Verstoß gegen die für verschreibungspflichtige Arzneimittel geltende Preisbindung und erwirkte einstweilige Verfügungen zur Unterlassung dieser Praxis. Nachdem die meisten der einstweiligen Verfügungen in der Folge aufgehoben worden waren, verlangte Doc Morris Schadensersatz in Höhe von rund 18,5 Mio. EUR, da die Verfügungen von Anfang an ungerechtfertigt gewesen seien. Der BGH legte dem EuGH den Fall zur Vorabentscheidung vor und wollte u.a. wissen, ob Rx-Boni als unlautere Werbung einzustufen oder aber mit der Richtlinie 2001/83 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel vereinbar seien. Laut EuGH enthält die Richtlinie zwar ein Werbeverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel, aber nicht jede Werbeaktion falle automatisch in ihren Anwendungsbereich. Die Aktion müsse vielmehr darauf abzielen, „die ärztliche Verschreibung, die Abgabe, den Verkauf oder den Verbrauch von Arzneimitteln zu fördern“. Nicht der Fall sei dies, wenn beim Einlösen von Rezepten Preisnachlässe oder Zahlungen in Höhe eines genauen Betrags gewährt würden, da sich solche Werbeaktionen nur auf die Entscheidung für die Apotheke auswirkten, nicht aber den Verbrauch der Arzneimittel insgesamt förderten. Rx-Werbeaktionen dürften hingegen untersagt werden, sofern die genaue Höhe der Prämie für den Kunden im Vorhinein nicht ersichtlich ist und Verbraucher diese überschätzen könnten. Gutscheine, mit denen Doc Morris Kunden gelockt hatte, könnten in den Mitgliedstaaten verboten werden, da diese den Verbrauch förderten und Verbraucherinnen und Verbraucher von der Frage ablenken könnten, ob die Einnahme dieser Arzneimittel erforderlich sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=295844&mode=req&pageIndex=2&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=DE&cid=15552959>

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Start der Bewerbungsrunde für neue Ausgabe der EU-Bio-Preise

Am 11.02.2025 hat die Kommission die Bewerbungsrunde für die vierte Ausgabe des EU-Bio-Preises gestartet. Mit dem EU-Bio-Preis sollen laut Kommission innovative und nachhaltige Projekte entlang der Wertschöpfungskette von biologisch angebauten Lebensmitteln gewürdigt werden, welche die Produktion und den Verbrauch von Bio-Lebensmitteln verbessern sowie fördern. Interessierte Landwirtinnen und Landwirte, Unternehmen, Städte und Regionen können sich bis zum 27.04.2025 bewerben. Der Preis wird in sechs Kategorien vergeben: beste ökologische Landwirtschaft, beste biologische Region oder Bezirk, beste biologische Stadt, bestes biologische Lebensmittel verarbeitendes KMU (kleine und mittlere Unternehmen), bester Bio-Lebensmitteleinzelhandel sowie bestes Restaurant/ bester Service für biologische Bewirtung.

https://agriculture.ec.europa.eu/media/news/eu-organic-awards-2025-are-you-next-winner-2025-02-11_en

EP; Austausch mit der Kommission zum Wolfsmanagement

Am 17.02.2025 tauschten sich die Abgeordneten des Agrar- und Umweltausschusses des EP mit der Kommission u.a. zum Wolfsmanagement und seinen Auswirkungen auf die Landwirtschaft sowie ländliche Entwicklung aus. In Folge der Änderung des Schutzstatus des Wolfes im Rahmen der Berner Konvention des Europarates Ende 2024 beabsichtigt die Kommission, den Schutzstatus gemäß der EU-FFH-Richtlinie zu ändern, um - so die Kommission - ein angemessenes Wolfsmanagement zu gewährleisten, ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Landwirte und den Erfordernissen des Artenschutzes sicherzustellen. Die Kommission werde einen Vorschlag zur Änderung des Anhangs der EU-FFH-Richtlinie nach dem 07.03.2025 vorlegen. Entschädigungen für von Landwirten erlittene Schäden infolge von Wolfsrissen könnten derzeit von den Mitgliedstaaten im Rahmen der staatlichen Beihilferegulungen gewährt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/draft-reports-on-forest-monitoring-and-s/product-details/20250213CAN74316>

EP; Ablehnung der Zulassung von Produkten aus genetisch verändertem Mais

Am 12.02.2025 verabschiedete das EP zwei nichtbindende Entschlüsse, in denen es sich gegen die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorten DP910521 und MON 95275 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der VO (EG) Nr. 1829/2003 wendet. Die Zulassung beider Maislinien hatte die Kommission in ihren Entwürfen für entsprechende Durchführungsbeschlüsse vorgeschlagen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0014_DE.html

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0015_DE.html

EP; Rat; Einigung zur Abfallrahmenrichtlinie

Am 18.02.2025 haben das EP und der Rat in den Trilogverhandlungen eine vorläufige Einigung über die Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie erzielt, deren Ziel eine Verringerung von Abfällen aus Lebensmitteln und Textilien ist. Im Bereich Lebensmittel sollen bis 2030 die Verarbeitungs- und Produktionsabfälle um 10% sowie Abfälle aus Einzelhandel, Restaurants, Gastronomie und Haushalten um 30% pro Kopf reduziert werden, jeweils im Vgl. zur durchschnittlichen Menge an Lebensmittelabfällen im Zeitraum 2021-2023. Die vorläufige Einigung sieht auch harmonisierte Regeln für die erweiterte Herstellerverantwortung von Textilherstellern und Modemarken, einschließlich Schuherzeugern, vor. Die Produzenten sollen laut Kommission künftig eine Gebühr zur Finanzierung der Abfallsammlung und -behandlung zahlen müssen, die davon abhängig sein soll, wie kreislaforientiert und nachhaltig ihre Produkte sind. Mit den neuen Vorschriften soll laut Kommission gegen illegale Ausfuhren von Textilabfällen und „Fast Fashion“ vorgegangen werden. Jedes Jahr fielen in der EU fast 60 Mio. Tonnen Lebensmittelabfälle (132 kg pro Person) und 12,6 Mio. Tonnen Textilabfälle an. Rat und EP müssen der Einigung noch förmlich zustimmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_548

Kommission; Bericht über den EU-Agrarlebensmittelhandel für November 2024

Der am 24.02.2025 von der Kommission veröffentlichte Bericht zeige, dass sich der gesamte EU-Agrar- und Lebensmittelhandel im November 2024 nach einem Hoch im Oktober 2024 verlangsamt habe. Die EU-Agrarlebensmittelexporte hätten im November 2024 20,1 Mrd. EUR erreicht, was einem Rückgang von 7% gegenüber dem Spitzenwert von Oktober 2024 entspreche, jedoch insgesamt auf dem Niveau von

November 2023 liege. Die kumulierten Exporte seien zwischen Januar und November 2024 um 3% auf 217,2 Mrd. EUR gestiegen. Die größten Wertzuwächse hätten die Exporte von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen, insbesondere von Kakaomasse, Butter und Pulver, verzeichnet. Die EU-Agrarlebensmittelimporte seien im November 2024 stark geblieben und hätten 15,5 Mrd. EUR erreicht, d.h. 5% weniger als im Oktober 2024, aber immer noch 18% mehr als in 2024. Insgesamt seien die Importe von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen von Januar bis November 2024 um 8,4 Mrd. EUR (+44%) gestiegen.

https://agriculture.ec.europa.eu/media/news/eu-agri-food-trade-eases-november-2024-after-october-peak-2025-02-24_en

Rat; Landwirtschaft und Fischerei am 24.02.2025

Die Agrarministerinnen und Agrarminister haben am 24.02.2025 getagt, wobei sie keine Schlussfolgerungen verabschiedet haben. Für DEU hat Staatssekretärin Silvia Bender (BMEL) teilgenommen. Agrarkommissar Christophe Hansen informierte die Minister über die am 19.02.2025 veröffentlichte Mitteilung über die Vision für Landwirtschaft und Ernährung. Die Mitgliedstaaten begrüßten die Vision, insbesondere die Benennung der Landwirtschaft als strategischen Sektor und die Förderung der Landwirtschaft als Berufswahl für künftige Generationen. Die Ministerinnen und Minister befassten sich mit der Einführung eines „Überprüfungsmechanismus der Auswirkungen politischer Initiativen auf den ländlichen Raum“ (sog. rural proofing principle), d. h. laut Rat der Praxis, Maßnahmen aus der Perspektive des ländlichen Raums zu überprüfen, um sicherzustellen, dass sie für die in ländlichen Gebieten lebenden Menschen ihren Zweck erfüllen. Sie betonten die Bedeutung starker ländlicher Gemeinschaften für den Wohlstand der EU, für die Ernährungssicherheit, Umweltschutz sowie Wirtschaftswachstum. Die ländliche Entwicklung müsse auch nach 2027 Teil einer starken, unabhängigen GAP bleiben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2025/02/24/>

J u s t i z

EuGH; Urteil zu den Anforderungen des Unionsrechts an die Richterbesoldung

Der EuGH hat mit Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-146/23 (Sąd Rejonowy w Białymstoku) und C-374/23 (Adoreikė) am 25.02.2025 die Maßstäbe aus dem EU-Recht hinsichtlich nationaler Bestimmungen zur Festlegung der Richterbesoldung präzisiert. Er stellt fest, dass eine Vergütung, die der Bedeutung der von Richtern ausgeübten Funktionen entspreche, eine wesentliche Garantie ihrer Unabhängigkeit darstelle. Sie bedürfe einer objektiv vorhersehbaren, beständigen, transparenten, angemessen und gerichtlich überprüfbaren Rechtsgrundlage, wobei die tatsächliche Vergütung auch unter den durchschnittlichen Bezügen von Angehörigen anderer Rechtsberufe liegen dürfe. Die Vergütung müsse jedoch eine angesichts des sozioökonomischen Kontexts des betreffenden Mitgliedstaats und insbesondere des dortigen Durchschnittsgehalts ausreichende Höhe haben, um die Unabhängigkeit der Richter zu wahren und sie vor der Gefahr der Korruption zu schützen. In den beiden Vorabentscheidungsersuchen ging es um eine unterlassene Anpassung von Bezügen (POL) und um fehlende oder unzureichende rechtliche Mechanismen zur Festlegung der Bezüge (LIT).

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295686&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=15511370>

EuGH; Urteil zur Zulässigkeit einer Deckelung der Provision von Immobilienmaklern auf 4 % des Kauf- oder Mietpreises

Der EuGH hat in der Rechtssache C-674/23 (AEON NEPREMIČNINE u. a.) am 27.02.2025 über die Frage geurteilt, ob eine Deckelung der Provision von Immobilienmaklern mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Dem Rechtsstreit lag eine SLO Regelung zugrunde, welche die Provision von Immobilienmaklern auf 4 % des Kauf- oder Mietpreises deckelt. Der EuGH beurteilte eine solche Regelung als zulässig und mit der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt vereinbar, wenn sie nicht diskriminierend, durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt und verhältnismäßig ist. Eine Diskriminierung liege nicht vor, da die Provisionsdeckelung unabhängig vom Ort des Sitzes der Immobiliengesellschaft gilt. Eine Rechtfertigung liege vor, wenn die Deckelung geeignet ist, die Zugänglichkeit angemessenen Wohnraums zu erschwinglichen Preisen zu fördern. Eine solche Maßnahme könne auch zum Verbraucherschutz beitragen, indem die Preistransparenz erhöht und die Anwendung überhöhter Tarife verhindert wird. Die Verhältnismäßigkeit muss schließlich vom vorlegenden SLO Verfassungsgericht festgestellt werden, u.a. hinsichtlich weniger einschneidender Regelungen, die zum selben Ergebnis führen würden in Bezug auf Verbraucherschutz und Wirtschaftlichkeit. <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295848&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=15493727>

EuGH; Feierliche Verpflichtung der Europäischen Bürgerbeauftragten

Am 27.02.2025 hat die neue Europäische Bürgerbeauftragte, Frau Teresa Anjinho (PTL), vor dem EuGH ihre feierliche Verpflichtung übernommen. Sie war am 17.12.2024 vom Europäischen Parlament für eine Amtszeit von fünf Jahren bis zum Ende der Legislaturperiode zur Europäischen Bürgerbeauftragten gewählt worden. <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-02/cp250026de.pdf>

I n n e r e s

Kommission; Vorschlag zum Europäischen System für kritische Kommunikation geplant

Wie am 19.02.2024 öffentlich bekannt gemacht wurde, plant die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zu einem Krisenkommunikationsnetz, dem EU Critical Communication System (EUCCS), vorzulegen. Das EUCCS soll laut Kommission die Kommunikationssysteme von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften in der EU und im Schengen-Raum miteinander verbinden und so ihre lebensrettenden Einsätze und andere Arbeiten erleichtern. Zudem soll es die Widerstandsfähigkeit und strategische Autonomie der EU erhöhen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14532-European-Critical-Communication-System_en

Europol; Warnung vor zunehmender Gefahr für Kinder durch gewalttätige Online-Communities

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 20.02.2025 einen Bericht veröffentlicht, in dem es auf die zunehmende Gefahr durch äußerst gewalttätige Kult-Gruppen im Internet aufmerksam macht. Diese sektenartig strukturierten Gruppen verfolgten laut Europol den Zweck, Kindern schweren Schaden zuzufügen, indem sie sie zu sexuellen Darstellungen oder Gewalttaten zwingen. Neben dem Ansinnen, Gewalt gegen Minderjährige auszuüben, propagierten diese Gruppen auch den Zusammenbruch der modernen Gesellschaft durch Terrorakte, Chaos und Gewalt und verbreiteten

Ideologien, die zu Bombenanschlägen und anderen Verbrechen inspirierten. Die Täter nutzen Online-Gaming-Plattformen, Streaming-Dienste und Social-Media-Plattformen, um ihre Opfer zu identifizieren und zu ködern, so der Bericht.

<https://www.europol.europa.eu/publications-events/publications/rise-of-online-cult-communities-dedicated-to-extremely-violent-child-abuse>

Kommission; Toolkit für den Schutz der Integrität von Wahlen veröffentlicht

Die Kommission hat am 21.02.2025 ein Toolkit für Wahlen veröffentlicht. Es enthält laut Kommission praxisnahe Erläuterungen darüber, wie die Leitlinien für Wahlen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste während der Wahlprozesse angewendet werden können. Das Toolkit richtet sich an die nationalen Aufsichtsbehörden. Es fasst laut Kommission die besten Ansätze und Praktiken zusammen, welche die nationalen Aufsichtsbehörden im vergangenen Jahr entwickelt haben, um die Risiken auf sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen bei Wahlen zu verringern. Das Toolkit enthalte empfohlene Praktiken und Vorschläge für die Bereiche Management von Interessengruppen, Kommunikation und Medienkompetenz, Reaktion auf Vorfälle sowie Monitoring und Analyse von wahlbezogenen Risiken.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/dsa-elections-toolkit-digital-services-coordinators>

Eurostat; Umfrageergebnisse zu Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld veröffentlicht

Am 21.02.2025 hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Ergebnisse einer Befragung zu Erfahrungen mit Kriminalität in der Nachbarschaft, Gewalt oder Vandalismus im Jahr 2023 veröffentlicht. Danach gaben 10% der Befragten an, in ihrer Nachbarschaft Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus erlebt zu haben. Die höchsten Anteile von Personen, die Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Umgebung meldeten, waren demnach in GRI (23,7%) und die geringsten Anteile in CRO (1,2 %) zu verzeichnen. In DEU lagen die Zahlen laut Eurostat bei 12,6% für armutsgefährdete Personen und 10,4% für nicht armutsgefährdete Personen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250221-1>

Kommission; Vorschlag für eine schnellere und koordinierte Reaktion auf Cyber-Krisen

Die Kommission hat am 24.02.2025 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine schnellere und koordinierte Reaktion auf Cyber-Krisen vorgestellt. Mit dem Vorschlag soll laut Kommission der bestehende EU-Rahmen für das Cybersicherheits-Krisenmanagement aktualisiert und eine Übersicht über die relevanten EU-Akteure und deren Rollen gegeben werden. Er enthält ein Maßnahmenpaket, das laut Kommission darauf abzielt, Cyberbedrohungen und -vorfälle zu verhindern, frühzeitig zu erkennen, darauf zu reagieren und sie abzuschrecken.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/cyber-blueprint-draft-council-recommendation>

EuGH; Urteil: Betroffene von automatisierten Bonitätsprüfungen haben Anspruch auf verständliche Informationen über die Methode und die Kriterien

Der EuGH hat am 27.02.2025 in der Rechtssache C-203/22 ein Urteil zur Nachvollziehbarkeit von automatisierten Bonitätsprüfungen verkündet. Hierin hat es entschieden, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den betroffenen Personen grundsätzlich das Recht gewährt, zu erfahren, wie die sie betreffende Entscheidung zustande kam. Der Verantwortliche müsse das Verfahren und die Grundsätze, die konkret zur Anwendung kommen, so beschreiben, dass die betroffene

Person nachvollziehen kann, welche ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der automatisierten Entscheidungsfindung auf welche Art verwendet wurden.

Sollten die danach zu übermittelnden Informationen geschützte Daten Dritter oder Geschäftsgeheimnisse umfassen, könne dies nach Abwägung der widerstreitenden Interessen im Einzelfall ein anderes Ergebnis rechtfertigen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=1B4D039680428489EC8FA7D5F24EB0BA?text=&docid=295841&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=15657106>

Europol; Aktion gegen KI-generierte Missbrauchsbilder von Kindern

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 28.02.2025 bekanntgab, hat es eine internationale Polizeiaktion gegen KI-Missbrauchsdarstellungen von Kindern unterstützt, die bislang zu 25 Verhaftungen geführt hat. Die Operation wurde in insgesamt 19 Staaten weltweit durchgeführt. Laut Europol handelt es sich bei der Operation um eine der ersten Maßnahmen, bei denen es um Darstellungen von Kindesmissbrauch geht, die mithilfe von KI erzeugt wurden. In DEU nahmen das Bundeskriminalamt sowie die Landespolizeibehörden in Hessen, Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz an den Ermittlungen teil. Catherine De Bolle, Exekutivdirektorin von Europol, warnte in diesem Zusammenhang vor der zunehmenden Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch, die es Ermittlern immer schwerer mache, Täter oder Opfer zu identifizieren. Die Strafverfolgungsbehörden müssten neue Ermittlungsmethoden und -instrumente entwickeln, um diesen neuen Herausforderungen zu begegnen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/25-arrested-in-global-hit-against-ai-generated-child-sexual-abuse-material>

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

06.03.2025 Sondergipfel des Europäischen Rates zur Ukraine

Rat

04./05.03.2025 Informelle Ministertagung „Telekommunikation“, Warschau

06.03.2025 Rat (Wettbewerbsfähigkeit)

06./07.03.2025 Rat „Justiz und Inneres“ (Inneres)

10.03.2025 Eurogruppe
Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)

10./11.03.2025 Informelle Tagung auf Ministerebene „Forschung“, Warschau

- 11.03.2025 Rat (Wirtschaft und Finanzen)
- 13.03.2025 Gipfeltreffen EU-Südafrika, Südafrika

Europäische Kommission

- 05.03.2025 Aktionsplan für die Automobilindustrie
Union of Skills (Union der Kompetenzen)
Roadmap für Frauenrechte
Diskussion mit Ajay Banga, Präsident der Weltbank-Gruppe
- 11.03.2025 Neuer gemeinsamer Ansatz für Rücksendungen (New common approach on returns)
Gesetz über kritische Arzneimittel (Critical Medicines Act)

Europäisches Parlament

Plenartagung in Straßburg vom 10.-13.03.2025

- Union der Kompetenzen: Schaffung zusätzlicher und besserer Möglichkeiten, in der EU zu studieren, eine Ausbildung zu machen oder zu arbeiten und Talente zurückzuholen
- Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau
- Die Zukunft der europäischen Verteidigung
- Internationaler Frauentag
- Europäischer Sozialfonds Plus nach 2027
- Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont Europa im Hinblick auf seine Zwischenbewertung und Empfehlungen für das Zehnte Forschungsrahmenprogramm
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung 2025
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2025
- Erläuterung des Vorschlags für einen neuen gemeinsamen Ansatz für Rückführungen
- Erläuterung des Vorschlags für einen Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln
- Gemeinsame Aussprache - GASP und GSVP (Artikel 36 EUV) 3
- Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2024
- Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2024

- Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2024
- Notwendigkeit der Unterstützung eines gerechten Übergangs und des Wiederaufbaus in Syrien durch die EU
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. März 2025
- Abkommen EU/Norwegen: Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union
- Abkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union über die Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten)
- Fortsetzung der unerschütterlichen Unterstützung der Ukraine durch die EU drei Jahre nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg
- Sozial- und beschäftigungspolitische Aspekte im Zusammenhang mit Umstrukturierungsprozessen und der notwendigen Schutz von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten
- Eingefrorene russische Vermögenswerte
- Beschleunigung des Ausstiegs aus der Nutzung von russischem Gas und anderen russischen Energierohstoffen in der EU
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit
- Annahme des Vorschlags für eine Verordnung zur Elternschaft

Ausschuss der Regionen

- | | |
|------------|--|
| 04.03.2025 | NAT-Fachkommissionssitzung <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Position der Landwirte in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (Abstimmung) • Arbeitskräfte im Gesundheitswesen Herausforderungen und Lösungen in den Regionen (Abstimmung) |
| 05.03.2025 | ENVE-Fachkommissionssitzung <ul style="list-style-type: none"> • Lage der Energieunion: Vorbereitungen für eine reibungslose Energiewende im Einklang mit den Zielen des Pakets Fitfür55 (Meinungsaustausch) • Klimapolitik als Beitrag der EU zur COP30 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) (Meinungsaustausch) |

- Naturschutzgutschriften ein Rahmen für die Förderung von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen (Meinungsaustausch)
- 06.03.2025 SEDEC-Fachkommissionssitzung
- Schaffung eines Europäischen Forschungsraums: Die lokale und regionale Perspektive (Abstimmung)
 - Generationengerechtigkeit: Ein lokaler und regionaler Ansatz für die Gestaltung inklusiver und nachhaltiger Gesellschaften (Meinungsaustausch)
- 07.03.2025 CIVEX-Fachkommissionssitzung
- Die lokale und regionale Perspektive bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union (Abstimmung)
 - Erweiterungspaket 2024 Ukraine, Moldau und Georgien (Abstimmung)
 - Erweiterungspaket 2024 Westbalkan und Türkei (Abstimmung)
- 10.03.2025 ECON-Fachkommissionssitzung
- Keine Abstimmungen oder Meinungsaustausche
- 13.03.2025 COTER-Fachkommissionssitzung
- Die Kohäsionspolitik als Schlüsselfaktor für die Verwirklichung der Ziele und Reformen der EU; Weitere Nutzung ihres leistungsorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von Dezentralisierung, Partnerschaft und Multi-Level-Governance (Abstimmung)
 - Metropolregionen und funktionale Stadtgebiete als sozioökonomische Impulsgeber für nachhaltige Investitionen im kohäsionspolitischen Rahmen 2020-2027 (Abstimmung)
 - Rolle der Städte und Regionen im Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 03.-14.03.2025:

04.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-767/23 Remling – Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte (NDL)

05.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-313/24 Opera Laboratori Fiorentini– Tragweite der restriktiven Maßnahmen gegen Russland und dort ansässige Personen (ITL)

06.03.2025

Urteile des Gerichtshofs in den Rechtssachen C-149/23 Kommission / Deutschland, C-150/23 Kommission / Luxemburg, C-152/23 Kommission / Tschechische Republik, C-154/23 Kommission / Estland und C-155/23 Kommission / Ungarn (Richtlinie über Hinweisgeber – Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern – Finanzielle Sanktionen)

06.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-20/24 Cymdek – Fluggastrechte (POL)

06.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-647/21 D. K. und C-648/21 M. C. und M. F. (Entziehung von Rechtssachen) – Richterliche Unabhängigkeit (POL)

06.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-315/23 Kommission / Kroatien (Abfalldeponie von Biljane Donje II) – Illegale Abfalldeponie in Kroatien – Finanzielle Sanktionen (KRO)

06.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-623/22 SD / EMA – Zugang zu Dokumenten zur Zulassung des Impfstoffs Comirnaty

06.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-348/23 Zalando / Kommission – Einstufung von Zalando als sehr große Online-Plattform

10.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-155/24 Nederlandse Voedsel- en Warenautoriteit u. a. – Emissionshöchstwerte für Filterzigaretten (NDL)

11.03.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-448/23 Kommission / Polen (Ultra-vires-Kontrolle der Rechtsprechung des Gerichtshofs – Vorrang des Unionsrechts) – Urteile und Zusammensetzung des polnischen Verfassungsgerichtshofs (POL)

11.03.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-698/23 P Europäischer Datenschutzbeauftragter (EDSB) / Parlament und Rat – Klagebefugnis des Europäischen Datenschutzbeauftragten

13.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-247/23 Deldits – Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten – Geschlecht eines Transgender-Flüchtlings (HUN)

13.03.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-271/24 P Shuvalov / Rat – Restriktive Maßnahmen – Ukraine

13.03.2025

Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-44/23 P und C-72/23 P PKK / Rat – Restriktive Maßnahmen gegen die PKK

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.03.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA